Fernsprech-Stellen
11 Altst., 582 Neust.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Inserate Marienstr. 13 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Gr. Kloster[illegible], 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postenzahlung 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Görlitz, [illegible]-Magdeburg, [illegible]-Halle, [illegible]-Berlin W., [illegible]-Hamburg, [illegible]-Leipzig. Für Rückgabe eingesandter Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Wollene Schlafdecken,
grösstes Lager am Platze, in allen Qualitäten,
Kameel- und Naturwolldecken
von Mk. 8.75 an.
Preiscourant gratis und franco.
W. Metzler,
15 Altmarkt 15.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Carl Tiedemann
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Seit 1833 Marienstrasse 27 seit 1833
Amalienstrasse 19. — Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

Atelier für Photographie
von
Carl Arazim,
17 Amalienstrasse 17.
Beste Arbeit. Mässige Preise.
Momentaufnahmen. Vergrösserungen.

Neu! Kugelspitzfeder! Neu!
Für jede Hand passend, ist die Kugelspitzfeder eine der grössten Erfindungen der Stahlfederbranche. Wer eine Kugelspitzfeder versucht hat, wird nie wieder zu seiner früheren Stahlfeder zurückgreifen.
Proben, à Dtz. 20 Pf., pro Gross 2 Mk. 25 Pf.
Nach auswärts versenden wir Proben von 1 Dtz. gegen Einsendung von 30 Pf. in Briefmarken.
J. Bargou Söhne, Dresden,
6 Sophienstr. und Wilsdrufferstr. 21b. am Postplatz.

Herren-Jaquets eine Partie **zurückgesetzte Muster** von 3 Mk. an. **Sommer-Anzüge in Leinen** von 10 Mk. **Hosen in Drell** à 3¾ Mk. **Osc. Lehmann, Schloss-Strasse No. 21.**

Nr. 167. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 15. Juni: Mäßiger Nordwind, veränderliche Bewölkung, Gewitterneigung, Temperatur etwas kälter. | Dresden, 1884. **Sonntag, 15. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Mit dem Aufknaupeln der verfitzten Rechnungs-Angelegenheit, die den Reichstag am vorigen Freitag beschäftigte, wollen wir die Leser nicht behelligen. Es spielen hier vielerlei schwierige staatsrechtliche Fragen herein. An und für sich ist darauf zu dringen, daß das Geldbewilligungsrecht des Reichstags vor jeder Verdunkelung bewahrt werde. Dieses Recht ist eines der wenigen Befugnisse des Reichstages. Gerade weil es in vielen Stücken nicht so weit reicht und nicht so fest begründet ist, wie das Budgetrecht in allen Verfassungsländern, wie in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, muß es in seinem vorhandenen Maße ungeschmälert erhalten bleiben. Stellt sich daher bei der durch die Reichsrechnungskammer bewirkten Prüfung der gemachten Ausgaben heraus, daß dabei nicht ganz ordnungsmäßig verfahren ist, so muß Abhilfe geschaffen und der Wiederholung solcher Ungehörigkeiten vorgebeugt werden. Das ist das konstitutionelle A-B-C, von dem weder die Militär-, noch die Postmaus einen Faden wegbeißt. Hat z. B. die preußische Militärverwaltung an Serviskosten irrthümlich zu viel gezahlt, so kann das, wenn sich's auch nur um wenige Mark handelt, nicht ohne Weiteres kraft Kabinetsordre niedergeschlagen werden, umsoweniger, wenn die Rechnungskammer selbst den Reichstag auf die Regelwidrigkeit aufmerksam macht. In der Kommission wird man wohl eine Fassung finden, diese düftelige Sache befriedigend zu regeln. Schade, daß über diese Frage der Reichstag eine ganze volle Sitzung vertrödelte!

Daß Fürst Bismarck seinen Erstgeborenen, den Grafen Herbert, als Reichsgesandten nach dem Haag entsendet, ist für die französischen Heißsporne bereits ein endgiltiger Beweis dafür, daß Deutschland die Annexion Hollands nach dem Erlöschen der jüngeren oranischen Linie plant. Dem gegenüber kann man gar nicht kräftig genug betonen, daß Niemand in Deutschland an eine Annexion der Niederlande denkt. Nicht über seine Landgrenzen schielt Deutschland, wohl aber hat es den Blick auf das offene freie Meer gerichtet. Jeder unserer Nachbarn auf dem Kontinente darf sich vertrauensvoll und sicher vor deutscher Beunruhigung seines Besitzes freuen. Wenn der deutsche Thatendrang nach einem Gebietszuwachs trachtet, so wären es überseeische Landstriche und zwar nicht die wohlerworbenen Kolonien anderer Reiche, sondern Ländereien und Inseln, die man als herrenlos zu bezeichnen pflegt oder in deren Besitz Deutschland durch Ankauf von Häuptlingen kommen könnte. Was speziell die Niederlande anlangt, so liegt der Fall einer Thronerledigung zur Zeit nicht vor. Selbst wenn der König und der Kronprinz der Niederlande mit Tod abgehen sollten, so bliebe der Thron nicht leer. Denn die Verfassung der Niederlande schreibt vor, daß, sobald in der direkten Linie kein männlicher Descendent vorhanden ist, die Tochter zur Thronfolge zu gelangen hat. Das ist die vor vier Jahren geborene Prinzessin Wilhelmine. Freilich müßte nach derselben Verfassung zugleich ein Regent bestellt werden. Da wird nun freilich Deutschland die Augen offen zu halten haben, daß nicht eine nach der Pfeife der Pariser Revanchemänner tanzende Puppe die Leitung der holländischen Politik übernimmt. Die Sache verwickelt sich noch insofern, als der König von Holland gleichzeitig auch Großherzog von Luxemburg ist. Nach der Verfassung dieses Großherzogthums ist dessen Krone in der Familie Nassau-Oranien erblich. Das ist bereits in dem Familienvertrag von 1783 bedingt. Derselbe spricht klar aus, daß nach dem Aussterben der jetzt in Holland regierenden jüngeren männlichen Linie das Erbfolgerecht in den außerniederländischen Ländern an die ältere Linie des Hauses Oranien übergegangen habe. Auch der Londoner Vertrag erkennt dieses Recht ausdrücklich an. Der 1866 von Preußen entthronte Herzog von Nassau ist also der einzige berechtigte künftige Großherzog von Luxemburg. Die Entwickelung dieser Dinge in der Nähe zu beobachten, ist Graf Herbert Bismarck wohl die geeignete Persönlichkeit. Man kann im Voraus vergewissert sein, daß er von seinem Vater die Instruktion mit auf seinen Posten nimmt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland so zu pflegen, daß jenseits kein Mißtrauen gegen uns aufkommt. Deutschland hatte bisher gegen Holland mancherlei Beschwerden. Die eine, der Nachdruck deutscher Literatur- und Musikerzeugnisse durch holländische Buchdrucker ist im Begriffe zu verschwinden, seitdem die Niederländer eine rechtschaffene Literarkonvention mit uns abgeschlossen haben, was soeben erfolgt ist. Den schweren Schaden, den der deutschen Rheinfischerei holländische Fischer in großartigem und unverantwortlichem Maßstabe seit Jahrzehnten zufügen, wird unser Nachbar wohl kaum länger noch aufrecht zu erhalten mit seinen internationalen Pflichten vereinbar finden. Gerechte Klagen preßt uns der Menschenkauf holländischer Falschwerber für die ostindischen Kolonien ab. Aber alle diese Beschwerden sind unpolitischer Natur und lassen sich bei einem freundlichen Willen zu beiderseitiger Zufriedenheit ordnen. Werthvolle Dienste aber kann Deutschland seinem niederländischen Nachbar in dem Konflikte leisten, in den diesen die Gebietslüsternheit Englands verwickelt hat. Die reichen ostindischen Kolonien Hollands stechenden Engländern schon lange in die Augen. Da Holland ein verhältnißmäßig schwacher Staat ist, glaubt das auf dem ganzen Erdball zurückgescheuchte England sich an ihm schadlos halten zu können. Näheres über den Konflikt bringt die Tagsgeich. Hier wird Deutschland den Holländern zeigen können, daß die Freundschaft unseres starken Reichs, — ihrem guten Rechte zugewendet, denn doch mehr praktischen Werth besitzt als die Hirngespinste von wegen unserer Annexionsgelüste. Ganz die gewohnte Perfidie aber bekunden die Engländer, indem sie die Franzosen aufstacheln, ihre Ansprüche auf Egypten fahren zu lassen d. h. Egypten den Engländern zur freien Verfügung zu übergeben, sich selbst aber dafür in Holland schadlos zu halten. Für wie dumm halten denn die Engländer die Franzosen? Es entspricht freilich durchaus der gewissenlosen Politik Englands, zwischen den Kontinentalmächten Zwietracht zu säen. Gladstone's, Granville's und Dilke's Ingrimm gegen Deutschland wurzelt in der Wuth darüber, daß die Ueberlegenheit der Bismarck'schen Diplomatie ihren Plan zu schanden gemacht hat, der auf Anzettelung eines Krieges zwischen Deutschland gegen Russen und Franzosen hinauslief. Ganz natürlich: wenn an der Mosel und Weichsel Millionen festländischer Krieger auf Tod und Leben im blutigen Kampfe mit einander ringen würden, dann war für die Flotte des ozeanischen Großbritanniens die ersehnte Stunde gekommen, mittelst einiger Kompagnien von Marine-Infanterie auf dem weiten Erdenrunde an fremden Kolonien einzusacken, was den Engländern des Einsteckens werth erscheint. Das A und O der Kontinentalstaaten ist immer das Gleiche: Frieden und Eintracht unter einander — sonst arbeiten sie nur dem englischen Nimmersatt in die stets zum Zugreifen geöffneten Hände.

Aus den Verhandlungen des englischen Parlaments gedenken wir mit keinem Worte der zur diesjährigen Seeschlange gewordenen Konferenz über Egypten, sondern verzeichnen nur kurz den Beschluß, den Frauen nicht das Stimmrecht zu ertheilen. Gladstone setzte einen Trumpf darauf: hätte das Parlament die Frauen wahlberechtigt gemacht, so hätte er die ganze Wahlreform zurückgezogen. Trotzdem stimmten außer seinem eigenen Sohne, der wie der seines Widersachers Bismarck den Namen Herbert führt, die bedeutendsten seiner Ministerkollegen für das Frauenstimmrecht. Elf Mal ist bereits diese Frage zu Ungunsten der Frauen entschieden worden. An sich betrachtet muß man sagen, ist es ungerecht, wenn der Gesetzgeber geistig hochstehenden Frauen dasselbe Stimmrecht vorenthält, das er dem ungebildetsten Tagelöhner oder Ackerknechte ertheilt. Warum einem edlen Weibe versagen, was man einem geistig verkommenen irischen Lehmhüttenbewohner gewährt? Indessen ist es sehr die Frage, ob den Frauen selbst mit der Ertheilung des Stimmrechts gedient ist? Ehe der Gesetzgeber damit vorgeht, müßte er zuvor ermitteln, ob die überwiegende Mehrheit der Frauen selbst nach der Theilnahme an derartigen politischen Rechten Verlangen trägt. Kenner der Frauenseele vermögen sich nicht von der Ueberzeugung zu trennen, daß gerade die besten Frauen kein Gelüste darnach verspüren, den ihnen von der Natur zugewiesenen Wirkungskreis in Haus und Familie mit dem Tummelplatz politischer Leidenschaften zu vertauschen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 14. Juni.

Berlin. Der Reichstag tritt in die erste Berathung der Vorlage betr. die Subventionirung von Postdampferlinien ein. Der Reichskanzler war zu Beginn der Berathung im Saal. Staatssecretär Stephan hofft auch Zustimmung zu der Vorlage. Es handle sich dabei um keine Systemänderung, kein Staatsmonopol und keinen Staatssozialismus. Das Volk fühle, daß sowohl die Art wie der Grad unserer Betheiligung am Welthandel der Bedeutung, die Deutschland besitze, nicht entspreche. Der Mangel direkter Schnelllinien nach Ostasien und Australien sei von Jahr zu Jahr fühlbarer geworden. Die Frachtdampferlinien würden durch Schnelldampferlinien ebensowenig eine Beeinträchtigung erfahren, als die Fracht- durch die Kourierzüge auf den Eisenbahnen. Heute sei die deutsche Postkasse ausländischen Dampferlinien tributpflichtig. Die Verbilligung der Porti bringe dem Handel unüberlehbare Vortheile, denn auf den Briefen baue sich der Waarenverkehr auf. Bamberger sprach in nahezu zweistündiger Rede gegen die Vorlage. Man sagt, er habe sich seit Wochen auf diese Rede vorbereitet, die ein Ereigniß werden sollte. Für den darauf verwendeten Aufwand an Vorbereitungen war sie schwach. Er vermißte eine ausreichende Motivirung der Vorlage. Aus den Motiven habe er nicht ersehen können, ob der Reichstag die Gelder hergeben solle, weil die Handelsbeziehungen nach Ostasien und Australien schon zu gut im Zuge sind oder weil sie im schlechten Stande sind. Die Regierung habe dem Reichstag keine Statistik zur Verfügung gestellt, auf Grund deren die Frage zu beantworten sei, ob die Subventionen geeignet wären, den Export zu heben. Jedenfalls sei der kostspielige Versuch fruchtlos so lange man durch Schutzzölle den Import schmälere. Mit Ostasien und Australien hätten wir durch französische und englische Schiffe genug Verbindung. Die deutschen Schiffe nach Ostasien und Australien hätten nicht einmal volle Ladung, leer fahren, blos um öfter zu fahren, das könne nur ein Schiff, welches auf Kosten der Steuerzahler fahre. Die Post sei nur vorgeschoben und in Wirklichkeit handle es sich um eine Subvention des Handels, eine Subventionirung, die den Handel gar nicht heben werde. Er halte die Vorlage für eine Schädigung des freien Verkehrs. Der Reichskanzler verwahrt den Bundesrath dagegen, daß demselben die Beweislast obliege, daß das, was hier angeregt werde, sich nach einer Anzahl Jahren auch auf Heller und Pfennig rentire. Wer nicht zu überzeugen ist, daß unsere Vorschläge nützlich sind, stimmt nicht dafür trotz aller Reden. Wir wünschen das Zustandekommen der Vorlage im Interesse der deutschen Nation und des deutschen Exports. Merkwürdig sei, daß die Grenzen der wirthschaftlichen Ueberzeugung dieselben seien wie die der politischen Fraktionen. Lehne der Reichstag die Vorlage ab, so müsse er auch die Verantwortung für die Unterlassung einer Maßregel übernehmen, die alle seefahrenden Nationen acceptirten und die die Regierung für nützlich hält. Graf Holstein spricht Namens der Konservativen für die Vorlage. Die Nothwendigkeit solcher Maßregeln habe man in andern Ländern überall anerkannt. Eine Maßregel wie die vorliegende fördere die Industrie, und kräftige dieselbe, sei aber zu gleicher Zeit die beste Stütze der Landwirthschaft. Es bestehe in neuerer Zeit ein wahres Wettrennen nach Kolonien. Es handle sich zwar hier nicht um ein Wettrennen, wir müssen aber eilen um nicht zu spät zu kommen. Staatssekretär Stephan: Die Handelspolitik Bamberger's hieße sonst laisser faire heute aber laisser rien faire. Der Briefverkehr habe sich verzehnfacht. Ladung werde genug vorhanden sein, wenn erst die Linien da wären. Richter meint, er vertrete die Steuerzahler, aus deren Taschen die 4 Millionen genommen werden sollten. Das subalterne Krämerische, wovor Stephan warne, sei altpreußische Tradition. Mit den 4 Millionen könne man viel für Schulen und Landbriefträger thun. Es handle sich hier um den Antrag einer Verstaatlichung, deren Ende nicht abzusehen sei. Staatssekretär Stephan: Es handele sich nicht um neue Steuern, sondern um eine nutzbare Kapitalsanlage. Der Briefverkehr mit jenen Gebieten belaufe sich nicht auf 300,000 wie Richter sage, sondern schon jetzt auf „über eine Million". Meier-Bremen: Vier Millionen seien eine entsprechende Gegenleistung für die geforderte Leistung. Die Auslage werde sich dereinst noch sehr gut bezahlt machen. Auf Antrag Reichensperger's wird die Vorlage der Budgetkommission überwiesen. Am Montag findet die zweite Berathung des Unfall-Versicherungs-Gesetzes statt. — Der Bundesrath nahm die Zuckersteuer-Vorlage an.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Credit 26[illegible]. Staatsbahn — —. Lombarden — —. [illegible] Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 24[illegible]. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 77. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto —. Egypter 61[illegible]. Gotthardb. —. Russen —. Fest.

Paris, 14. Juni. (Schluß.) Rente 79.25. Anleihe 108,10. Italiener 97,12. Staatsbahn 667.50. Lombarden 3[illegible]5,00. do. Prioritäten —. Egypter 304. Oesterr. Goldrente [illegible]. Spanier 61[illegible]. Ottomanen 6[illegible]. Tabaksactien —. Ruhig.

Paris, 14. Juni. (Mittags.) 3% Rente 79,25. Anleihe 108,10. Italiener 97,12. Spanier 61,[illegible]. Egypter 304,50. Ottomanen 164,50. Türken 8,22. Suez 20,45. Lombarden 315,00. Franzosen 667,50. Geschäftslos.

London, 14. Juni. Consols 10[illegible],61. 1873er Russen — —. Lombarden — —. Türken 8,15. 5% fund. Amerik. — —. 4% Ung. Goldr. — —. Oest. Goldr. — —. Pr. Consol. — —. Suez-Actien 81,37. Egypter [illegible],50. Ottomanen 15,90. Schwach.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König Albert und Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich sind zusammen nach Feldafing (Starnbergersee) zur Kaiserin Elisabeth von Oesterreich gereist.

— Aus Garmisch im bayrischen Hochlande schreibt man uns über den Aufenthalt Sr. Maj. des Königs, der am Dienstag in Begleitung des Geh. Raths von Watzdorf und des Flügeladjutanten Major von Schimpff dort eingetroffen und in dem rühmlichst bekannten Gasthof zum „Husaren" abgestiegen ist: Am Mittwoch früh fuhr Se. Majestät am Eingange der Partnachklamm und ging zu Fuß durch die Klamm nach Graseck, von da wieder zurück über das Kainzenbad und Partenkirchen nach Garmisch. Nachmittag machte Se. Majestät eine Spazierfahrt über den Badersee nach Eibsee. Donnerstag früh ½6 Uhr wohnte Se. Maj. in der hiesigen Pfarrkirche einer stillen Messe bei und fuhr dann früh 8 Uhr über Walchensee, Kochelsee an die Station Penzberg und von da nach Possenhofen.

— In der Wahlprüfungskommission des Reichstags wurde die Wahl des Abg. Leuschner (17. Wahlkreis des Königreichs Sachsen, Glauchau, Meerane) für ungiltig erklärt. Es war eine sozialdemokratische Wählerversammlung in Glauchau verboten und die Vertheiler von Flugblättern für Auer verhaftet und drei Tage hinter Schloß und Riegel gehalten worden. Diese Maßnahmen wurden von der Mehrheit der Kommission als ungesetzliche Beschränkungen der Wahlfreiheit angesehen.

— Gegen die Giltigkeit der Wahl des Reichstagsabgeordneten Herrn Riethammer im 22. Sächs. Wahlkreise — welcher gegenüber dem hiesigen Stadtverordneten Herrn Lingke den Sieg errang — war bekanntlich von fortschrittlich-sozialdemokratischer Seite Protest eingelegt worden. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat aber nach vorgenommener Prüfung mit großer Mehrheit beschlossen, die Wahl Riethammer's für giltig zu erklären.

— Demnächst erscheint aus Anlaß des goldenen Dienstjubiläums Sr. Exc. des Staatsministers General von Fabrice bei Hermann Burdach in Dresden: General von Fabrice. (1834 — 1. Juli — 1884.) Ein Lebensbild von Max Dittrich. Der durch seine militärisch-patriotischen Publikationen bekannte Verfasser schildert die hohen Verdienste des Generals um Sachsens Heer und Volk und giebt eine Charakteristik des Sächs. Kriegsministers. Die Friedensverhandlungen in Berlin 1866, die Reorganisation des Königl. Sächs. (XII.) Armeekorps, das Amt als Generalgouverneur 1870 bis 1871 und die als solcher mit Jules Favre, als Vertreter der französischen Regierung der Nationalvertheidigung, gepflogenen Friedensverhandlungen, sowie endlich die Vollendung umfänglicher Militärbauten in Sachsen: diese fünf großen und schweren Aufgaben, welche General von Fabrice in glücklichster Weise gelöst, werden dem Leser im Zusammenhange und übersichtlich vorgeführt. Auch verschiedene interessante, bislang unbekannt gebliebene Details aus der früheren Dienstzeit des Sächs. Kriegsministers werden mitgetheilt. Das Buch wird mit dem Portrait des Generals und seinem Facsimile geschmückt sein.

— Bezirksausschuß der Kgl. Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Den Haupttheil der Tagesordnung gestriger Sitzung bildeten verschiedene Concessionsgesuche. In öffentlich-mündlicher Verhandlung wurde zunächst wiederholt über ein Gesuch der Frau Emma verw. Menke zum Betrieb der Schankwirthschaft incl. Branntweinverkauf und Abhaltung von Tanzmusik berathen und da das Kollegium von einem vorhandenen Bedürfniß keine Ueberzeugung gewinnen konnte, abermals abfällig beschieden. Schankconcessionen wurden dagegen bewilligt an Fröhner in Augustusbad, Ernst Köhler in Kötzschenbroda, Fr. Richter in Loschwitz und Thomschke in Dresden (für Blasewitz), ebenso wurde die Errichtung einer Restauration an der Haltestelle Klotzscha genehmigt. Abgelehnt die dergleichen Gesuche Pöppel's in Kötzschenbroda, Hänel's in Seifersdorf und Henzschel's in Wahnsdorf (Tanz-Concession). Die nachgesuchte Erlaubniß zur Veranstaltung theatralischer Vorstellungen wurde ertheilt an Jeremias in Niederpoyritz, Wendt in Kötzschenbroda und Böhme daselbst, sowie den Petenten Walther in Gruna und Christiane verehel. Schurig in Großokrilla die Concession zu Schlachthausanlagen. Bewilligt wurden ferner die Regulative zur Erhebung von Armenkassen-Abgaben von öffentlichen Lustbarkeiten für die Ortsarmen-Verbandsbezirke Wahnsdorf, Liegau und Seifersdorf und der Schuldentilgungsplan der Gemeinde Uebigau, die Regulirung der Gemeindezubehörigkeit der von dem Dresdner Forstrevier zur sächs.-schles. Staatseisenbahn abgekommenen Grundstücke, sowie die dadurch bedingte Veränderung der amtshauptmannschaftlichen Bezirksgrenze beschließt das Collegium, befürwortend dem Bezirkstage vorzutragen. Ein Gesuch der Redaktion des „Dresdner Tageblatt" um Erwählung dieser Zeitung als Amtsblatt wurde abgelehnt. Bezüglich der Handhabung des Gesetzes über Ausschließung säumiger Abgabenpflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten, beschließt das Collegium, für die Anwendung desselben den einzelnen Gemeinden ein Zusammentreten in Verbände zu empfehlen. Den Schluß bildeten noch mehrere für die Allgemeinheit weniger interessante Vorlagen.

— Seiten des Vorsitzenden des Armendirektoriums in Leipzig, Stadtrath Ludwig Wolf, ist in den betheiligten Kreisen die Anregung gegeben worden zur Gründung eines Armenanzeigers, d. i. eines Anzeigeblattes für die Veröffentlichung der Personalien aller Landarmen, sowie solcher Personen, welche ihre Familie im Stiche lassen und sich frivol ihrer Ernährerpflicht entziehen. Zweck der beabsichtigten Veröffentlichung ist in erster Linie der, den Gemeinden die Zuführung gegenseitiger Aus- und Zuweisung von Personen der letztgedachten Kategorie zu ermöglichen und die Feststellung der Landarmenqualität zu erleichtern.

— In der letzten Zeit scheint man die Pferdebahnwagen, sehr zum Nachtheil des fahrenden Publikums, noch weit mehr in Reklamewagen umwandeln zu wollen. Die an der oberen Etage der Wagen angebrachten Schilder möchten noch passiren, obgleich auch sie die Aussicht des Publikums nicht wenig beeinträchtigen; daß man aber neuerdings die unteren Etagen der Wagen durch die fast an allen Fenstern angebrachten Annoncen in geschlossene, schier undurchsichtige Kästen verwandelt, heißt weder im Interesse des Publikums, noch der Conducteure gehandelt. Letztere sind beispielsweise in Folge der blinden, annoncenbedeckten Glasscheiben der Hinter- und Vorderperrons, nicht im Stande, vom Innern der Wagen aus zu bemerken, ob auf den Perrons ein Passagier aufgestiegen ist oder absteigen will. Namentlich des Abends ist dadurch den Beamten die Controle außerordentlich erschwert und ohne ihr Verschulden kommen sie oft in die Verlegenheit, daß vom revidirenden Beamten ein Passagier ohne Billet getroffen wird. Es liegt sogar die Annahme nahe, daß einige schlaue Patrone bei günstiger Gelegenheit aufgestiegen und den Augen der Conducteure durch die undurchsichtigen Scheiben entzogen, als blinde Passagiere fidel eine Strecke mitfahren und somit die Gesellschaft pecuniär schädigen. Das Publikum dagegen ist durch die blinden Scheiben an dem